

STREIK

BERICHTTE



7

AKTIVER STREIK KRITIK UND SELBSTKRITIK

Rein äußerlich, gemessen an der Befolgung des Streikbeschlusses der Vollversammlung, wie auch an der Beteiligung an Arbeitsgruppen und teach-ins, war unser kurzer aktiver Streik ein gewisser Erfolg.

Es gelang jedoch nicht - und konnte wohl auch in der kurzen Zeit nicht gelingen - einer größeren Anzahl von Studenten in den Arbeitsgruppen eine Perspektive für selbständige politische Weiterarbeit zu eröffnen, denn die Arbeit der Gruppen gab keine direkte Hilfestellung gegen Leistungs- und Prüfungsdruck, der gerade in "normalen Zeiten" verhindert, daß das Studium und das Berufsziel zum Gegenstand wissenschaftlicher Kritik durch die Betroffenen selbst wird.

Es gelang auch nicht, einzelne gesprengte Übungen und Praktika, in denen sich ganz spezielle Schwierigkeiten der betreffenden Studenten zeigten, zu Arbeitsgruppen umzuorganisieren, mit dem Ziel, eben diese Schwierigkeiten zu benennen und zu überwinden: Unklarheit über den Sinn der Veranstaltung; Abhängigkeit von der Scheinvergabe, in der sich die Macht der Ordinarien besonders zeigte, und die Unfähigkeit der Studenten, ihre ohnmächtige weil vereinzelt Stellung gegenüber dieser Macht kollektiv zu überwinden.

Es blieben also die Diskussionen der Arbeitsgruppen noch ohne Ergebnisse für die Befreiung von repressiven Studienverhältnissen, wie auch das Unbehagen an den jeweiligen Studienbedingungen noch nicht zur konkreten Kritik formuliert wurde.

Schließlich versäumten es die meisten Fachschaften, organisierend im Streik mitzuwirken. Wollen wir nicht alle Widerstandsmöglichkeiten gegen das HUG aufgeben, so müssen wir auf jeden Fall diese ersten Versuche einer Selbstorganisation weiterführen und dabei die gewonnenen Erfahrungen berücksichtigen. D.h.: Die Durchführung

eines erneuten, diesmal längeren aktiven Streiks muß diskutiert werden. Die Fachschaften müssen dazu einen größeren Teil der Vorbereitungsarbeit leisten, indem sie in einzelnen Vollversammlungen und in Lehrveranstaltungen Arbeitsgruppenprogramme aufstellen, in denen mehr auf die spezifischen Bedürfnisse der Studenten eingegangen wird.

Weiterhin müssen wir diskutieren, inwieweit wir fordern, diese Aktivitäten in den normalen Lehrbetrieb zu integrieren und wie dies geschehen kann.

TEACH-IN
DONNERSTAG, 12.6.
20⁰⁰ UHR
GR. ET-HÖRSAAL
WEITERE MASSNAHMEN
GEGEN DAS HUG

**MERKE: EIN STREIK LÄSST DIR
ZEIT FÜR DINGE, ZU DENEN**

DU SONST NICHT KOMMST

Der erste Schritt zu einer umfassenden Prüfungskritik ist getan: das Streikseminar hat aufgeräumt mit der Vorstellung, Prüfungen, Prüfungsangst und Prüfungsversagen seien ganz persönliche Probleme des einzelnen Studenten! In der Prüfung versagt nicht hauptsächlich der Prüfling, sondern vor allem das jetzige Prüfungssystem. Denn Prüfungen erfüllen mit Sicherheit nicht die ihnen beschönigend zugesprochene Aufgabe: nämlich Begabungen und Fähigkeiten zu wissenschaftlichem Arbeiten festzustellen.

Ein Katalog der tatsächlichen Funktionen von Prüfungen macht diese Behauptung einsichtig.

Prüfungen bewirken und sollen bewirken

1. Rückmeldung. Dem Lehrenden geben die Prüfungsergebnisse Aufschluß über die Qualität seiner Wissensvermittlung. Sie zeigen, ob die Betreuung des einzelnen Studenten zur Klärung offener Fragen ausreicht, sie zeigen, daß der Massenbetrieb verheerende Folgen hat. Es liegt auf der Hand, daß es völlig absurd ist, dem Studenten das Versagen der Lehrenden (Profis und Assistenten) und der Politiker (Massenbetrieb!) mit schlechten Noten aufzubürden. Es scheint fast so, daß kaum ein Professor die Prüfung als Rückmeldung für ihn selbst über den Lehrerfolg begreift und Konsequenzen daraus zieht, unser Vorlesungs-, Übungs- und Praktikumssystem wäre sonst schon längst revolutioniert.

These 1: Wer die Rückmeldefunktion von Prüfungen begreift und ernst nimmt, muß für die Lehre Konsequenzen daraus ziehen. Das schließt das Abschieben der Konsequenzen auf die Studenten (Honnef, Sitzenbleiben, Durchfallen, Exmatrikulation) aus.

2. Studienreglementierung. Es soll in diesem Zusammenhang undiskutiert bleiben, wie Studien- und Prüfungsordnungen (Kultusministerkonferenz!) zustandekommen. Immer wieder während des Studiums stellen Studenten fest, daß sie Stoffe und Fakten erarbeiten und auswendiglernen müssen, deren Sinn ihnen nicht einsichtig ist (und oftmals auch garnicht einsehbar ist). Auf der anderen Seite haben sie keine Gelegenheit, Interessengebiete außerhalb der Studienordnung zu verfolgen. Wann welcher Stoff gelernt werden muß, bestimmen nahezu ausschließlich die Prüfungstermine und die Prüfungsstoffe. Die Entscheidung für die einschlagende Fachrichtung wird nicht selten über Prüfungsmethoden gesteuert. Der Ablauf des Studiums wird von außen aufgezwungen. Die sinnvolle Strukturierung eines Studienganges, eigentlich Ergebnis fortwährender Beratung und eigener Einsicht in individuelle Fähigkeiten und Begabungen, wird unterdrückt.

These 2: Die Prüfungen machen die Studienordnungen zur Zwangsjacke. Sie töten jede nicht ordnungskonforme Begabung. Sie können daher nur Aussagen über einen Typ von Leistungsfähigkeit machen (wenn überhaupt). Von Objektivität kann keine Rede sein.

3. Sekundärmotivation. Eng mit dem Vorhergehenden verknüpft ist die Tatsache, daß der Antrieb, aus dem gelernt und gearbeitet wird, nur selten aus der Freude am Studieninhalt, aus ursprünglicher "Neugier", Probleme aufzufinden, aus der Bereitschaft, Sachverstand und Autoritäten, die sich als solche ausgeben, in Frage zu stellen, kommt. Solche "primären Motive" sind fast gänzlich abgelöst worden durch "sekundäre": gelernt und gearbeitet wird für das Bestehen der Prüfung, für dieses Ereignis gilt es, Fakten und Lösungsverfahren parat zu haben, die anschließend vergessen werden können.

These 3: Uninteressanter, langweilig, unverständlich und nur standardisiert dargebotener sowie überflüssiger Stoff motiviert Studenten notwendigerweise nicht oder nicht ausreichend zur intensiven Erarbeitung. Durch die Prüfung wird die Beschäftigung damit erzwungen. Die anschließende Abfrage des teilweise unter Lernstörungen, Zweifeln am Sinn und Widerwillen reproduzierbar gemachten Stoffes ist daher wenig geeignet, Aussagen über Fähigkeiten und Begabungen (die an Interesse und Befriedigung geknüpft sind) zu machen.

4. Kapazitätsanpassung. Obwohl von allen Prüfern immer wieder abgeritten, spielt die Aus- bzw. Überlastung, von Fakultäten und Fachrichtungen stark in die Prüfungsergebnisse herein. Berichte über die Orientierung von Durchfallquoten an der Kapazitäts-Bewerberrelation sind belegbar. So ist es kein Zufall, daß die am meisten überlastete Fakultät für ET die rigorosesten Prüfungs- und Elimi-

nationsmethoden hat.

These 4: Die Benutzung von Prüfungen als Steuerungsinstrument für die Kapazitäts-Bewerberrelation entlarvt die Prüfung als beliebig manipulierbaren numerus clausus ohne jeglichen Anspruch auf Objektivität.

5. Psychischer Druck. "...Prüfungen führen zurück auf Pubertätsriten, d.h. sie waren eine ritualisierte Auseinandersetzung der Generationen...Die entscheidende psychische Wirkung der Riten war, Angst zu erregen: ihre entscheidende Funktion war, die Fähigkeit des Prüflings zu messen, Angst zu ertragen. Es ist offensichtlich, daß die jetzige Form der Prüfung diese ursprüngliche Eigenschaft, Angst zu erregen, aufgrund ihrer Struktur - und nicht nur aufgrund von Prüflings- oder Prüferneurosen - bewahrt hat. Wegen der Wechselwirkung dieser noch induzierten Angst mit dadurch besonders störbaren intellektuellen Funktionen ist die jetzige Prüfung für die Messung von Kenntnissen und der Fähigkeit, mit ihnen umzugehen, ausgesprochen ungeeignet." (Dr.med. Michael Lukas Moeller in "Blickpunkt")

These 5: Die Prüfung verhindert, was sie messen soll. Die Evolution von der ursprünglichen Mutprobe zu einer Situation der Messung intellektueller Leistung hat kaum stattgefunden.

6. Sozialisation. Bestandene Prüfungen (Examina) weisen höhere Ränge in der sozialen Skala zu. Dies Aufsteigen wird als Entschädigung für Zwang und Opfer der Studiensituation begriffen, für die Unterwerfung unter Prüfungsriten und Fremdbestimmung sich lohnen. Die Hochschule als Ort der Einübung sozialen Verhaltens normiert gerade über die Prüfung systemnotwendige Anpassungsmuster:



FESTLEGUNG DER PRÜFUNGSNOTEN

Leistungskriterien werden "von oben" gesetzt und unkritisiert übernommen, Verzicht ist wertvoll(!), Ausgleich wird immer wieder für ferne Zukunft versprochen und erhofft, Unterordnung ist "sinnvoll", Kritik schädlich.

These 6: Die Verknüpfung der Prüfung mit Sanktionen (z.B. Honnefentzug, Berufswahl) läßt die Prüfungsinhalte nebensächlich werden. Der formale Prüfungsablauf hat wichtige Sozialisationsfunktionen, diese erzwingen die Beibehaltung oder sogar Verschärfung der Prüfungsordnungen. Der Hinweis auf die Prüfung als Qualifikationskontrolle ist ein Täuschungsmanöver.

Die weitere Arbeit von studentischen Gruppen zur Prüfungsproblematik ist nach diesem Streikseminar:

1. Die Prüfung muß als Problem der Hochschulstruktur in das Bewußtsein der Studenten gebracht werden.
2. Die theoretischen Ansätze sind auszuarbeiten und Ergebnisse der Hochschulöffentlichkeit zugänglich zu machen.
3. Praktische Konsequenzen werden erarbeitet und durchgesetzt.

Arbeitstermine der Projektgruppe "Prüfungen" werden durch Aushang und Flugblätter bekanntgegeben.

Am Donnerstagnachmittag fand eine Diskussion vorwiegend für Bauingenieure nach dem Vordiplom statt, die unter dem Motto: "Kritik an Studieninhalten" angekündigt war. Dabei sollte speziell planerischen Fächer Stadtbauges und Verkehrs-wesen gesprochen werden. Die Diskussion mit über 50 Teilnehmern verlief über 2 1/2 Stunden, war allerdings wenig strukturiert und behandelte eine Reihe Fragen, die vor einer konkreten Kritik an Studieninhalten erörtert werden muß. Nur wenige Punkte können hier aus subjektiver Sicht des Berichterstatters wiedergegeben werden:

1. Die Hochschule als Sozialisationsinstanz, d.h. als Stätte zur Ausbildung von Fachkräften, die innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Rahmens funktionieren, ohne diesen kritisch in Frage stellen zu können, wurde beleuchtet. Die Studenten werden a, durch ihre formalen Ausbildungsbedingungen (Klausuren, autoritäre Institutshierarchie, Prüfungsdruck usw.) zur Anpassung und kritiklosen Unterordnung ausgebildet und dürfen b, während ihres Studiums nicht zu Ansätzen kommen, ihre Wissenschaft bewußt mit emanzipatorischen Zielen zu betreiben. Der vorgesetzte Wissensstoff soll einfach hingenommen werden, ohne daß untersucht werden kann, in welchem Rahmen dieses Wissen später angewendet werden kann und wie dieser Stoff mit gesellschaftlichen Zusätzen zusammenhängt. Das HUG wird diese Tendenzen weiter verschärfen. Eine Kritik an Studieninhalten muß sich zunächst darauf konzentrieren, welche wesentlichen Fragestellungen in den verschiedenen Fächern weitestgehend ignoriert werden

2. Im Fach Stadtbauges werden Studenten u.a. in die rechtliche und institutionelle Situation eingewiesen, ohne daß z.B. deutlich gesagt wird, daß der private Grundbesitz heute das entscheidende Hindernis für eine humane und rationale Städteplanung ist und ohne daß die entsprechenden Konsequenzen dazu aufgezeigt werden. Der Bau-sektor ist beherrscht von einer verfilzten Oligarchie von Kommunalpolitikern, Baubürokraten, Spitzenvertretern der Industrie, Unternehmern, Erfolgsarchitekten, Großeigentümern, Maklern und Spekulanten, die den Städtebau nach dem Hauptprinzip der Gewinnmaximierung betreiben und nicht um die Wohnbedürfnisse der Menschen optimal zu befriedigen (Literatur: A. Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte; Berndt, Lorenzer, Horn: Architektur als Ideologie; beide edition suhrkamp, DM 3,-).

Als Beispiel wurde das neu errichtete "Märkische Viertel" in Berlin genannt, eine riesige Fehlplanung, von der Äußerungen von Architekten ("...wir wollen Blumen und Märchen...") und von Bewohnern ("graue Hölle, Kaserne, Gefängnis...") bezeugen, wie weit die Vorstellungen der Planer und die Bedürfnisse der Bewohner auseinanderklaffen.

3. Verkehrsplaner und Straßenbauer erlernen ihr Fach ohne die Voraussetzungen dafür, d.h. die ökonomischen und soziologischen Voraussetzungen für die stetig anwachsende Motorisierung auch

nur im geringsten zu reflektieren. Schon nach der oberflächlichen Analyse läßt sich die Behauptung erhärten, daß der gesamte Automobilkomplex mit dem Trend zur totalen Motorisierung schon längst in den Bereich des Irrationalen getreten ist: Das in den Millionen PKW steckende Kapital ist weitgehend fehlinvestiert, wenn man sich die ungenutzten technischen Möglichkeiten eines weitgehenden Ausbaus der öffentlichen Verkehrsmittel vor Augen hält; die Städte sind verstopft, immer mehr Boden wird in Betonstraßen und Asphaltflächen verwandelt, die öffentlichen Verkehrsmittel, die Güter und Passagiere gut und unaufdringlich befördern könnten, haben sinkende Einnahmen und müssen ständig die Tarife erhöhen; der gewaltige Benzinverbrauch für die im Durchschnitt nur partiell ausgelasteten Fahrzeuge, der gigantische Materialverschleiß stellen eine volkswirtschaftliche Vergeudung riesigen Ausmaßes dar: Luftverpestung und Tausende von Unfalltoten und Verletzten sind weitere Indizien...

Die mit der Verkehrs- und Stadtplanung befassten Ingenieure betrachten bislang die totale Motorisierung allerdings als unabänderlichen Naturvorgang. Je größer die Irrationalität, desto mächtiger müssen die dahintersteckenden Interessen sein (Literatur: Baran/Zweezy: Monopolkapital Suhrkamp Verlag). Das Haugeschäft einiger der größten und einträglichsten Kapitalgesellschaften besteht in der Automobilproduktion. Die Erdöl-industrie macht den größten Teil ihrer Profite mit dem Verkauf von Treibstoffen für Motorfahrzeuge. Andere bedeutende Industriezweige (Gummi, Stahl, Glas) hängen entscheidend von der Automobilproduktion ab. Zahllose Geschäftszweige und Arbeitsplätze verdanken ihre Existenz direkt oder indirekt dem Auto.

Die Aufdeckung gerade solcher Zusammenhänge sollte Bestandteil des Studiums von Ingenieuren und Technikern sein, da die technischen Wissenschaften einen immer dominierenden Einfluß auf die politisch-gesellschaftliche Entwicklung gewinnen. Von der Analyse muß dann der zweite Schritt zum antikapitalistischen Engagement erfolgen. Dieser Schritt kann im Studium vorbereitet werden...



POSSENREISSER REISSER

Zur Vorgeschichte und dem Ablauf der Ereignisse während der "Woche der Nationen" hat die "Projektgruppe Internationalismus" (PGI) eine ausführliche Dokumentation vorgelegt. Nachzutragen wäre: Streik und Kampfszene an einen repressiven ISK gehören zusammen. Gegen knebelnde Ausländergesetze, sich in der BRD tummelnde Geheimdienste ausländischer Terrorregime und Verfolgung durch diplomatische Vertretungen unter Duldung deutscher Behörden hilft den ausländischen Kommilitonen nur die praktische Solidarität deutscher Studenten. Diese Schutzfunktion muß aufklärerisch erreicht werden, das ist das Ziel von AStA und PGI, die lange vor der "Woche der Nationen" (nicht als "Untergruppe" des SDS, wie Reißer frech und wahrheitswidrig behauptet) unter starker Beteiligung ausländischer Kommilitonen entstand. Der ISK hat sich von seinen Geldgebern (Auswärtiges Amt!) dazu mißbrauchen lassen, diese Schutzfunktion jahrelang zu verhindern. Deshalb wird er angegriffen.

Studentenwerksgeschäftsführer Reißer aber behauptete "linksradikale Sturmtruppe" und "Terrorakte des SDS" in seinem "strikte politische Neutralität währenden" Flugblatt an die Studenten der THD. Seine Diffamierungskampagne nimmt nicht wunder. Reißers Hiebe jedoch gingen vorbei: er entzog dem SDS die Box in der Mensa und behauptete am Abend des "Tages der Nationen", der SDS habe die Polizei gerufen!

Studenten äußerten die Ansicht, hier werde der Wahlkampf von CDU-Reißer in die Otto-Berndt-Halle getragen, ein Eindruck, der vom Studentenwerk tunlichst vermieden werden sollte! Vollste Unterstützung sichert der AStA jedoch Herrn Reißer bezüglich des letzten Absatzes seines Flugblattes zu: er wird sich aufforderungsgemäß nichts daraus machen, wenn Reißer angegriffen wird.

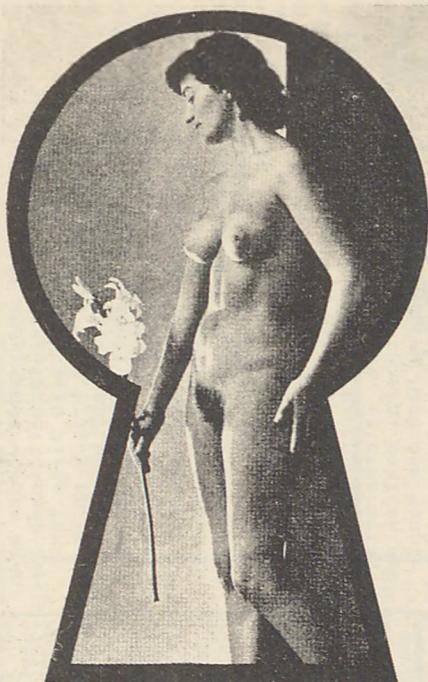
ARBEITSGEMEINSCHAFT:

Soziale Lage

Die "AG Soziale Lage" befaßte sich hauptsächlich mit einer Gesetzesvorlage zur Ausbildungsförderung, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Man einigte sich, in dieser Gruppe weiter zu arbeiten und in den kommenden Wochen eine intensive Kampagne gegen diesen Gesetzentwurf zu betreiben. Gleichzeitig soll eine Aktion zum ~~Wohn~~ Wohngeldgesetz initiiert werden. Zur Einleitung der Kampagne gab man folgende Resolution an die Presse: Resolution der Arbeitsgruppe "Soziale Lage der Studenten", die sich während des Aktiven Streiks vom 21. - 24.5. konstituierte.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich während des Aktiven Streiks mit dem Problem der Ausbildungsförderung. Sie wendet sich angesichts dieser existenziellen Bedrohung der Studentenschaft und Verfassungsmißachtung durch einen Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Familie und Jugend an die Öffentlichkeit, unseren Protest zu unterstützen, da nicht nur die Studenten, sondern vor allem die Eltern von diesem Gesetz betroffen werden.

Der Bundestagsausschuß für Familien- und Jugendplanung hat bei seiner Beratung über das Ausbildungsförderungsgesetz das Bundesministerium für Familie und Jugend (Anne Brauksiepe) um Formulierungshilfe gebeten. Diese Gelegenheit wurde von diesem Ministerium in unverschämter Weise genutzt, um einen eigenen geringfügig modifizierten Entwurf vorzulegen, der aufgrund massiver Kritik von allen Seiten (Studenten, VDS) Deutsches Studentenwerk (DSW), Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), Kultusministerkonferenz (KMK) und den Bundesländern) sofort wieder zurückgezogen werden mußte.



EINBLICK IN DIE ZEIT
DER VERBESSERTEN
SOZIALEN LAGE

Diese bereits einmal durchgefallene Vorlage ist damit nicht nur erneut ins Leben gerufen worden, sondern sie firmiert auch ebenfalls nur mit geringfügigen Modifikationen als Entwurf der CDU/CSU-Fraktion. Dieser Vorentwurf ist nicht nur symptomatisch für die mangelnde Bereitschaft für eine zukunftsorientierte Konzeption zur Ausbildungsförderung, sondern muß eindeutig als Versuch gewertet werden, den Studenten die materielle Grundlage zu entziehen.

Denn so werden bei dieser Regelung die Förderungsbeträge noch zum größten Teil unter die völlig unzureichenden Honorarbeträge gesenkt. Hier nur einige Verschlechterungen:

- Der monatliche Höchstförderungsbetrag von DM 320,- entspricht in keiner Weise den wirklichen Lebensunterhaltungskosten. Diese liegen nach Statistiken wesentlich über DM 400,-. Trotzdem ist keine Dynamisierungsklausel vorgesehen, die eine Angleichung an die ständig steigenden Ausgaben vorsieht.
- Die Höhe der Freibeträge, die vom Familieneinkommen für den Lebensunterhalt der übrigen Familienmitglieder vorgesehen wird, wird wesentlich unterschritten (von 750,- auf 700,-). 50 % des verbleibenden Resteinkommens wurde bis jetzt vom Förderungsbetrag abgezogen, jetzt sollen es 75 % werden.
- Das Zwangsdarlehen, das der Student neben dem Stipendium aufnehmen muß, wurde nicht beseitigt, sondern sogar erhöht. Für alle vorgesehenen Härtefälle (Studienfachwechsel, Überschreitung der Höchstförderungsdauer infolge einer Ausbildung im Ausland, Zweitstudium, Beginn des Studiums nach dem 30. Lebensjahr) wird nur Darlehen gewährt, was zu einer erheblichen Erweiterung der Verschuldung des Studenten führt.
- Bis jetzt konnte der Student 1.500,- DM Nebenverdienst haben, zukünftig werden alle Einkünfte über 900,- DM angerechnet.
- Die Höchstförderungsdauer soll auf die Mindestzeiten der Prüfungsordnungen reduziert werden und orientieren sich nicht an den Durchschnittswerten.
- Eine Ermächtigungsklausel garantiert auch bei besten Studienleistungen die Disziplinierung von politisch aktiven Studenten (§ 38,6).
- Die Zuständigkeit für Ausbildungsförderung wird an die Arbeitsämter am Wohnsitz der Eltern verlagert. Damit sind keine Mitbestimmung der Betroffenen und keine Behandlung von örtlich auftretenden Härte- und Grenzfällen (unterschiedliche Studienbedingungen) möglich.

Der Vorentwurf geht immer noch vom Subsidiaritätsprinzip aus. Danach hat primär die Familie die Pflicht, für die Ausbildung ihrer Kinder aufzukommen und nur dann, wenn diese dazu nicht in der Lage ist, soll der Staat "subsidiär" eintreten. Dieses naturrechtlich begründete ideologische Fundament (Familie als gesellschaftliche Grundeinheit, als "staatstragende Keimzelle") geht an den Funktionswandel der Familie und der veränderten gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung und Ausbildung vorbei. Ausbildung darf nicht mehr als subjektive Investition gesehen werden, die den Einzelnen die Chance des sozialen Aufstiegs ermöglicht, sondern ist für die Gesellschaft von lebenswichtiger Bedeutung.

Dieser Entwurf spricht dem im Grundgesetz garantierten Verfassungsprinzip der Chancengleichheit und dem Recht auf freie Berufs- und Ausbildungswahl Hohn. Die verschärfte Diskriminierung der sozial schwachen Schichten (Senkung der Einkommensfreibeträge, zusätzliche Auslesekriterien) wird sich in einer weiteren starken sozialen und ökonomischen Vorbestimmtheit widerspiegeln (49 % Arbeiter der Bevölkerung stellen 5 % der Studenten; 7 % Beamte und freie Berufe stellen dagegen 49 % der Studenten).

Die Tendenz dieses Entwurfes zeugt nicht nur von einem "romantischen Almosendenken" sondern soll neben Zwangsexmatrikulationen, Kurzstudium Prüfungsordnungen als zusätzliches Druckmittel für einen beschleunigten "Durchlauf" des Studierenden durch die Universität sorgen (Verminderung der Studentenflut auf diese Weise nach jahrelanger verschleppter Lösung der Studienmisere).

Für Studenten, die auf diese Mißstände hinweisen, will man neben dem Ordnungsrecht (Ausschluß vom Studium) nun einen Stipendienentzug als weitere Disziplinierungsmittel für politisch aktive Studenten installieren. Angesichts dieser existenziellen Bedrohung, Verfassungsmißachtung und verschiedenen Repressionen durch diesen Gesetzentwurf bleibt uns nur ein massiver Widerstand.

Für die Arbeitsgruppe
gez. Dieter Herold

Studiensituation der Bauingenieure in der Unterstufe

Die beiden Seminare am Mittwoch und Donnerstag der Streikwoche entsprangen einer Initiative der Basisgruppe Bauingenieurwesen Darmstadt (BABAUDA). Schon seit längerer Zeit war es die Absicht der in der BABAUDA arbeitenden Genossen, mehr Kommilitonen vor allem für eine verstärkte Basis- und ad-hoc-Gruppenarbeit in der Unterstufe zu gewinnen. Die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Aktivität zeigte sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Aktion zum Fach Maschinenelemente.

Einerseits hat sich die BABAUDA auf eine längerfristige Arbeit festgelegt (Erstellen einer Berufsperspektive) und daneben vorgenommen, schwerpunkttartig in die Primärmobilisation einzugreifen (z. B. zukünftig durch eine eigene intensive Vorbereitung der Fakultätssitzungen). Andererseits zeigten die Erfolge und die große Resonanz bei der Aktion "Maschinenelemente", daß hier eine besonders wichtige Arbeit zu leisten ist, die u. a. schon kurzfristig Erfolge zeigen kann und in erster Linie sehr viele Kommilitonen in die Diskussion mit einbezieht - also eine Arbeit, die vor allem der Primärmobilisation sehr dienlich ist.

Diese Arbeit, die verbunden ist mit umfangreichen Analysen der bestehenden Studiengänge, kann aber nicht noch zusätzlich von der BABAUDA geleistet werden. Wir entschlossen uns daher, während der Streikwoche, die die nötige Zeit und die nötigen Räumlichkeiten freisetzt, dieses Problem an einen größeren Kreis von Kommilitonen heranzutragen und, wenn möglich, einige für die Durchführung dieser Arbeit zu gewinnen.

Im wesentlichen gliederte sich die Arbeit während des Streiks in drei Teile. Am Dienstagabend wurde eine erste Vorbesprechung dazu genutzt, festzustellen, welche Bedürfnisse hinsichtlich des Bauingenieurstudiums in der Unterstufe, vorwiegend bei den Zweitsemestern, bestehen. Anhand der dort auftretenden Aspekte konnte ein weiteres Vorgehen während der Seminare zumindestens in Ansätzen festgelegt werden.

Dabei waren wir von vornherein mit der Tatsache konfrontiert, daß das Studium in der Unterstufe in nächster Zeit, voraussichtlich 1970, grundlegend geändert wird. Unter diesem Gesichtspunkt war die Diskussion zu führen und eventuell ein Vorgehen für eine längerfristige Arbeit festzulegen. D.h.:

Erstens gilt es, den Leistungsdruck, der von irrationalen Studiengängen ausgeht, die demnächst ohnehin geändert bzw. durch andere ersetzt werden, zu mindern (siehe Maschinenelemente).

Zweitens sind aus der Kritik der bestehenden Studien- und Prüfungsordnungen eigene Vorstellungen für eine Umgestaltung bzw. Neugestaltung des Studiums zu erarbeiten (zur Vermeidung, daß irrationale Studiengänge durch ebenso irrationale ersetzt werden).

In der Diskussion am Mittwochnachmittag wurde unter Beteiligung von ca. 70 Kommilitonen das Spektrum der Meinungen darüber, was und wie es zu verändern sei, erweitert. Da die meisten Anwesenden aus dem 2. Semester kamen, wurde weitgehendst über die Fächer diskutiert, in denen schon Erfahrungen gesammelt werden konnten. Vor allem über die Nebenfächer Chemie, Geometrie, Werkstoffkunde und Maschinenelemente. Zweifelloserweise war einer



SCHLECHTE
ZEITEN FÜR
ORDNAREN!

der wesentlichsten Aspekte der, daß eine sinnvolle Arbeit am Studienaufbau erst dann geleistet werden kann, wenn eine Untersuchung darüber durchgeführt wird, wie der Bauingenieurberuf zur Zeit aussieht; dann ist eine Zukunftsperspektive für eine mögliche Entwicklung des Berufs, die in Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesellschaft gesehen werden muß, zu erstellen, von der aus sich die Anforderungen an ein Bauingenieurstudium ableiten. Dieser Weg zur Neubestimmung des Studiums erscheint zwar der sinnvollste zu sein - er wurde auch schon u. a. von der BABAUDA eingeschlagen -, doch wird es längere Zeit dauern, bis erste verwertbare Ergebnisse vorliegen (z. B. sollen Repräsentativumfragen bei Ingenieuren durchgeführt werden).

In der gegenwärtigen Situation an den Hochschulen und Universitäten, in der die Gefahr besteht, daß im Rahmen der allgemeinen Reglementierungsmaßnahmen (siehe z. B. HUG) die Studien- und Prüfungsordnungen von den Interessen außeruniversitären Kreise bestimmt werden, kann man es nicht dabei bewenden lassen, erst in etwa einem Jahr, gestützt auf umfangreiche empirische Daten, die Neubestimmung des Studiums in Angriff zu nehmen. Um zu einer Aktivierung der studentischen Tätigkeit bereits jetzt zu gelangen, muß eine neu zu konstituierende Gruppe die bereits aufgeführten Aufgaben - Verminderung des bestehenden Leistungsdrucks durch auslaufende Studiengänge und Kritik am Studium mit der daraus erwachsenden Möglichkeit, die Perspektive für eine neue Arbeit zu eröffnen - in Angriff nehmen, um vor allem stärkere Reglementierungsmaßnahmen in neuen Studienplänen zu verhindern.

Zu Beginn des Seminars am Donnerstagnachmittag wurden die Möglichkeiten einer derartigen Basisgruppenarbeit diskutiert. Es ergaben sich mehrere Aspekte für ein weiteres Vorgehen: Aufarbeitung von Information (Veröffentlichungen über Reformvorstellungen, Einsicht in Protokolle verschiedener Reformausschüsse); Kritik an Studiengängen und Studieninhalten;

daraus a) hergeleitete Aktionen zur sofortigen Änderung der Verhältnisse;

daraus b) hergeleitete Perspektiven für neue Studienordnungen, Perspektiven, die als Gegengewicht zur "Reform von oben" eingesetzt werden können, und die auch verwertet werden können in der Diskussion um die Berufsperspektive.

Im weiteren Verlauf des Donnerstagseminars wurden anhand eines Fachs, Technische Mechanik, die verschiedenen Möglichkeiten einer Kritik (z. B. Ansatz über Vorlesungen, Übungen, Prüfungen) exemplarisch durchdiskutiert. Wobei allerdings zu bedenken ist, daß gerade das Fach TM für BI nicht unbedingt die für die meisten anderen Fächer der Unterstufe typischen Mängel bzw. Unsinnigkeiten aufweist. Das Seminar schloß mit der Vereinbarung von 8 Kommilitonen, auch weiterhin zusammenzuarbeiten. Der Arbeitskreis (er trägt noch keinen Namen) wird am Freitag, dem 6. Juni 1969, seine Arbeit mit der geschilderten Konzeption aufnehmen.

TERMIN: jeweils am Freitag um 17.00 Uhr im Raum 11/52A (BI-Fachsch.Raum)

Der Zeitpunkt liegt im Anschluß an die Math-II-Übungen!

„Studienorganisation und Kapazitätsproblem“

Zeit: Mi, Do, Fr. 14.00 - 16.00 Uhr
 Ort: 2a/24 (Kernphysik-Hörsaal)
 Besuch: 1. Tag ca. 40
 2. Tag ca. 30
 3. Tag ca. 25

1. Tag: Nach dem der Versuch, die bestehenden Vorlesungsformen zu kategorisieren und zu kritisieren zu einer Debatte über einzelne Vorlesungen geführt hatte, ohne die Diskussion weiterzuführen wurde beschlossen, sich zuerst mit dem Lernen überhaupt zu befassen. Ein Brief einer Dozentin aus Aachen, die Erfahrungen mit dem Gruppenstudium hat, wurde verlesen und diskutiert.

Erstes Ergebnis: Lernen ist kein rein rationaler Vorgang, es spielen affektive Komponenten und Probleme eine weit größere Rolle als man annimmt oder zugibt. (Lernwiderstände!)

2. Tag: Anhand von Zitaten aus dem Buch "Gruppendynamik und Erwachsenenbildung" von Tobias Brocher wurden die affektiven Komponenten des Lernens ausführlicher dargelegt (frühkindliche Gruppenbeziehungen, Objekterfahrungen und -identifikationen). Einzelne Aspekte des Lernens in Gruppen wurden diskutiert (Abbau bzw. Verarbeitung der Lernwiderstände). Es entwickelte sich zu Ende eine Diskussion

Über Wissenschaftstheorie, die in teilweise veränderter Besetzung nach Beendigung des eigentlichen Arbeitskreises noch 2 Stunden weitergeführt wurde. Diese Diskussion hätte Ausgangspunkt eines weiteren Arbeitskreises sein können.

3. Tag: Das von der Senatskommission für das Informatikstudium ausgearbeitete Modell wurde vorgetragen, erläutert und diskutiert. Dabei wurden 2 wesentliche Problembereiche andiskutiert, die als Themen für die weitere Arbeit festgehalten wurden:

a) Funktion und eventuelle Gefahren des formellen oder informellen Gruppenleiters (Leader), Rollenverteilungen innerhalb der Gruppe, Arbeitsteilung
 b) Stellenwert der Leistungskontrolle; Problem der "Eliminierung der Unfähigen"; Prüfungen (hier hoffen wir bei der Diskussion auf die Ergebnisse des Arbeitskreises "Prüfungen" zurückgreifen zu können).

Der Arbeitskreis beschloß, nach dem Streik weiterzuarbeiten. Als Zeit wurde Donnerstag 20.00 - 22.00 Uhr vereinbart.

Bei der Fakultät M/Ph soll beantragt werden, diesen Arbeitskreis im Sinne des Beschlusses des Senats vom 19.5.1969 zu institutionalisieren (das bedeutet u.a. Anerkennung als Seminar!)

Venceremos



oder: Wir siegen
 doch noch!

von mittwoch bis samstag fand der aktive streik bei den chemikern fein mikroskopisch statt (woanders auch) das seminar zur institutsreform war besucht von durchschnittlich 2 (3) dutzend leuten .

bei den vorstellungen dass alles so bleibt

" " " " " " " "

" " " " " " " " (usw)

wird mit der reform des institutes das institut schön reformiert es wird geschmiert

bis dass der alte karren läuft

(informiert werden kann nur der das vorher schon wusste)

oder :

vier tage bettruhe gegen die schizophrenie des herrn hafner

oder :

der hafner ist ein böser mensch, böser mensch (alte volksweise)

ein faschist ein lieber ordinarius

(hat was mit ordnung zu tun)

der guther ist ein volkstribun (volkstribun usw siehe oben)

und :

catull hat das längst gewusst

(bitte nachlesen)

also :

wir streiken weil wir lieber nicht streiken wollen .

ich erkläre jetzt endlich das institut für symbolisch besetzt

besetzt ...besetzt ...besetzt ...besetzt ...besetzt ...besetzt ...

SEMINAR: Über Hafner zur Institutsreform

Hafner's Entblödung (der berühmte brief) ist bekanntlich voll von Lügen, Unterstellungen, Beleidigungen . Hafner ist ein guter Ordinarius, deshalb verlangt das Institut nach Reformen . Die Diskussionen wiesen auf, dass zur Verbesserung des Begriffsvermögens und der Handlungsfreiheit es noch geduldiger Basisarbeit bedarf . Die Teilnahme verhielt sich umgekehrt proportional mit dem Fortschreiten der Zeit. Am Freitag wurde unter den Verbliebenen endlich inhaltlich diskutiert:

Es soll von allen Angehörigen des Institutes ein paritätisch zusammengesetzter Institutsrat gewählt werden, der Entscheidungen trifft über Einrichtungen von Forschung und Lehre; etwa über Berufungslisten, damit endlich Lernende Einfluss nehmen können auf die Wahl ihrer Lehrer. Der Institutsrat soll Einblick gewähren in die finanziellen Angelegenheiten, damit über Fremdgelder, nicht an Auflagen gebunden sondern frei, über den Institutshaushalt verfügt werden kann; damit das gesamte Institut Anteil hat am Erwerb und der Nutzung etwa von Patenten, die im Institut, das meint mit den Produktionsmitteln des Institutes, erreicht werden, und nicht einzelne Mitglieder; damit Industrieverträge von Institutsangehörigen offengelegt werden, um profitorientierte Auftragsforschung zu kontrollieren; damit noch einiges mehr .

Über verschiedene Modelle einer Institutsleitung wurde versucht, die Diskussion einer Reform von der Basis heraus zu allen Angehörigen des Institutes zu tragen .Eine Menge von Fragen, insbesondere solche der Lehre und solche, die das Vermitteln dieser Lehre angehen (d.h. etwa dringende notwendige Praktikums-gestaltungen), blieben ungenügend oder nur am Rande diskutiert und veranlassen nach intensiver Mitarbeit aller Angehörigen (nicht nur) des Hafner-Instituts .

basis chemie



Nachruf

der herr hat unseren vielgeliebten herrn und meister klaus hafner ab in den (blauen) ordinarienhimmel berufen nach langem siechtum (schon angewest stinkend) wurde seinem leiden durch die mitfühlende hand einer von ihm zeit-lebens verschmähten studentischen minderheit, mit den entsprechenden sakramenten versehen, der daraus bereit ist allein trauert (es jault) sein hund

ad

SEMINAR: Politische Ökonomie

Die angekündigte Problemstellung "über die Notwendigkeit einer politischen Ökonomie" führte am ersten Streiktag etwa 40 Kommilitonen zusammen, von denen ungefähr die Hälfte auch noch am zweiten Tag Interesse zeigte. Es wurde versucht, eine Begriffsbestimmung von "politischer" Ökonomie zu geben, die über die marxische Politökonomie hinausreicht, die Kritik an der bürgerlichen "Ökonomik" (sog. "reine" Theorie) umfaßt und als eine auf Totalität zielende historisch-materialistische Analyse kapitalistische und nicht-kapitalistische (es gibt auch eine "politische Ökonomie des Sozialismus) Wirtschaftsgesellschaften erscheint. Sowohl die Problemstellung als auch die damit verknüpfte kausalen-genetische Methode stießen bei den Teilnehmern auf anfangs teilweise heftigen Widerspruch. Hierbei tat sich insbesondere der K.u.St.-Assistent Amann hervor, welcher die Leistungsfähigkeit von kapitalistischer Ökonomie und bürgerlicher Ökonomik nicht in Frage gestellt sehen wollte. Die Diskussion führte dennoch schnell in die allgemeine Kapitalismuskritik, wobei die Dialektik von Basis und Überbau den meisten Teilnehmern durchaus gegenwärtig war. Die für die Bestimmung der kapitalistischen Warenproduktion und der Bewegungsgesetze des Kapitalismus zentralen Kategorien (Wert, Mehrwert, Mehrprodukt, Wertgesetz, Profit

etc.) wurden von einem anwesenden Frankfurter Marxisten im Überblick erläutert. Die sich daraus ergebene Diskussion umfaßte einen weiten Bereich. Die Themen waren u.a.: Rationalität der kapitalistischen Wirtschaftsweise, Rüstung und Verschwendung, Bildung und Ausbildung, Mitbestimmung im Betrieb, Wissenschaft und Politik, Planung im Kapitalismus, Planung im Sozialismus, Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus. Bei all diesen Problembereichen ließ sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus, nämlich der zwischen gesellschaftliche Produktion und private Aneignung, aufzeigen. Die lebhafteste Diskussion mündete schließlich in Fragen der Strategie sozialrevolutionärer Bewegungen und in die Dialektik von Reform und Revolution ein. Die interessierten Teilnehmer wurden eingeladen, die Arbeit fortzusetzen im Rahmen des bestehenden Arbeitskreises Kapitalismus, der sich jeden Dienstag um 10.00 Uhr im Republikanischen Club Darmstadt, Erbacher Str. 5 trifft.

(A kunft Tel. 24883 oder 25961)

Die Perspektive des Streikseminars sollte u.a. sein, die Lehrinhalte in Sachen Nationalökonomie an der Fakultät für Kultur- und Staatswissenschaften durch die davon Betroffenen kritisch zu überprüfen.

8

AM MITTWOCH

11.6. 18¹⁵ GR. ET-HÖRSAAL

GROSSER SENAT

TAGESORDNUNG: 1. GESCHÄFTSORDNUNG
2. SATZUNGSÄNDERUNGEN
(FAKULTÄTSREFORM)

WAREN SIE WÄHREND DES STREIKS NUR EINE MARIONETTE

TEACH-IN:

Ausländergesetz – ausländische Studenten an der THD

Numerus clausus, Stipendienvergabe ausschließlich nach irrationalen Leistungskriterien, befristetes Studium, Exmatrikulation – das sind Maßnahmen, die deutsche Studenten im Gefolge der technokratischen Hochschulreform erst noch erwarten. Diesen Reglementierungen und Repressionen sind ausländische Studenten seit langem ausgesetzt.

Erst seit dieses System zur Durchsetzung seiner Interessen dazu übergeht, die deutschen Studenten mit denselben Maßnahmen zu disziplinieren, bringt die Studentenbewegung den Ausländergesetzen Interesse entgegen und damit der Situation der Ausländer in der BRD. Noch ist es der Öffentlichkeit z.B. nicht bewußt, daß täglich Ausländer deutsche Gefängnisse füllen und mißhandelt werden, bevor sie abgeschoben oder ausgewiesen werden. Dieses Kenntnis kommt von deutschen Studenten aus den Haftanstalten.

So brauchten während der Diskussion "Ausländergesetz-ausl. Studenten an der THD" – anders als bei den teach-ins über HUG und Ordnungsrecht – die Auswirkungen repressiver Gesetzgebung nicht mehr erörtert werden. Die Diskussion konzentrierte sich bald auf die Voraussetzungen und Ansatzpunkte praktischen Widerstandes. Ergebnisse der Diskussion:

1. Erst das Verfügen über Informationen (Ausländergesetz, Praktiken der Ausländerbehörden, Intentionen, ökonomischen und politische Bedingungen ...) schafft Voraussetzungen, d.h. eine Ausländergesetzkampagne, wie etwa eine Ausländergesetz-Kampagne noch in diesem Semester.
2. Eingebung der Widerstandes gegen Repressalien der Ausländerbehörden durch massenhafte solidarische Aktionen im konkreten Fall.
4. Überwindung der engen, die Realität ignorierenden Barriere um die Hochschule. Der Schritt raus aus der Hochschule in den Ort der unmittelbaren sozialen Konflikte mit diesem System bei den 'Gast'arbeitern. Aufnahme von Kontakten, Mobilisierung und Politisierung der 'Gast'arbeiter und Zusammenarbeit mit ihnen. Wir sind uns darüber im Klaren, daß zur Realisierung dieser 4 Punkte nicht der gute Wille ausreicht und keine verbalen Glaubensbekenntnisse. Wir stehen am Anfang. Der Anfang ist die Aufklärungskampagne.

ODER HABEN SIE AUCH EINMAL EIGENAKTIVITÄT GEZEIGT?
SIND SIE NUR, DER ALLGEMEINEN MARSCHRICHTUNG FOLGEND,
IN DIE TEACH-INS GETROTRET?

ODER HABEN SIE SICH AUCH EINMAL IN EINE ARBEITSGRUPPE
GEWAGT, UM SICH DORT GEDANKEN ÜBER DIE STUDIENMISERE
ZU MACHEN UND DIESE DANN GEMEINSAM MIT IHREN KOMMITO-
NIEN A K T I V ZU BEKÄMPFEN?

DER AfH WIRD ALS ERSTE
PROTESTAKTION EMPFOHLEN:

